

Die Parteienlandschaft nach den Bundestagswahlen und die Zukunft der Volksparteien

Von Karl-Rudolf Korte

Der extreme Dauerstress der Politik ist vorbei. Die Große Koalition spiegelt mit ihrer geschäftsmäßigen Unaufgeregtheit den allgemeinen Erschöpfungszustand nach dem Stress präzise wider. Die Mattigkeit nach den monatelangen Turbulenzen gleicht einer „Reha-Phase“. Auch die „Schritt-für-Schritt“-Terminologie der Bundesregierung erinnert an Rekonvaleszenz. Der augenblickliche innenpolitische Klimawechsel ist gravierend. Die gemeinsamen Fotos von Merkel und Müntefering erinnern an frisch verliebte Verlobungs-Paare. Parteipolitische Rivalität scheint sich nur noch auf den unteren Rängen abzuspielen.

Die neue Eintracht geht mit einem veränderten Kommunikationsstil einher, der nicht nur sparsam daherkommt, sondern sich offenbar auch an Stufen von Geheimhaltungen innerhalb der neuen Partnerschaft verlässlich orientiert. Alle neuen Bundeskanzler sahen sich in einer verantwortlichen Kontinuität der Politik des Vorgängers. Faktische Politikwechsel waren in unserer auf Konsens und Stabilität ausgerichteten Innenpolitik immer langfristig angelegt. Abrupter ging es, im Gegensatz zur materiellen Politik, immer im Bereich der Darstellungspolitik zu. Der Stilwechsel in der Politikgestaltung gehörte für jeden neuen Bundeskanzler essentiell mit zur Startphase einer Bundesregierung. Insofern sollte auch im Augenblick vor „Merkelmania“ gewarnt werden. Die völlig veränderte Darstellungspolitik ist nicht nur ein Ergebnis der allgemeinen politischen Empörungsmüdigkeit oder gar der Sonderkonstellation einer Großen Koalition, sondern kennzeichnend für die ersten Monate von neuen Regierungen. Wie lange diese Darstellungsarmut allerdings von positiven Schlagzeilen begleitet wird, hängt von den sichtbaren Politikergebnissen ab. Die Ungeduld der Wähler ist groß. Schonfristen existieren praktisch nicht mehr.

Die Wähler haben allerdings gezielt für diesen Stilwechsel bei der Bundestagswahl votiert. Die Schere zwischen der Darstellungspolitik und der Entscheidungspolitik ging immer weiter auseinander. Allzu oft war der medientauglichen Machtinszenierung einer Entscheidung dann doch Tatenlosigkeit gefolgt. Das Ende von Rot-Grün ist auch ein wenig das Ende der Kunst der Inszenierung in der Politik. Statt Kraftmeierei erleben wir nunmehr Armutsästhetik. Sachlich, zurückhaltend, bescheiden – das ist zurzeit das Markenzeichen der neuen Bundesregierung. Eine Aura der Solidität durchströmt die Startphase, die sich in der gesamten Ruhigkeit von dem moralisch überhöhten Start von Rot-Grün 1998 fundamental abhebt. Nicht ein Projekt wird gestartet, sondern mühsames Patchwork. Die Nüchternheit der Bühnendarstellung bleibt in Erinnerung, nicht der szenische Kraftakt.

Dahinter verbirgt sich graduell auch ein protestantisches Politikverständnis der Kanzlerin. Das selbstlose Dienen zieht sich leitmotivisch durch ihre Reden. Sie gibt sich provozierend unpathetisch und manchmal bis zur Schmerzgrenze ernüchternd. Müntefering in der Lebensrolle als klassischer Kanzlermacher – früher bei Schröder und heute bei Merkel – dient der Kanzlerin als stabilitäts-sichernder Stellvertreter. Merkel verzichtet bislang auf alle Gebaren der Macht und erweiterte heroische Gesten. Im protestantischen Duktus zählen nur Worte und Werke. Aus dem protestantischen Tugendkanon spricht zudem der Dauerrappell der Kanzlerin, den wirtschaftlichen Erfolg aus Tugenden herzuleiten: Was kann ich selber tun? Dieses protestantische Stilmuster konnte für die katholisch geprägte Kohl-CDU auf der Leitungsebene nie mehrheitsfähig werden. Insofern transportiert die Kanzlerin auch eine neue Union.

Wir haben ein Bild von erfolgreichen Naturwissenschaftlern, das wir gerne auch auf Merkel projizieren: Streng diszipliniert, selbstverliebt in die Versuchsanordnung, alles im Umfeld vergessend. Das funktioniert auf der einen Seite transparent und höchst funktional, aber ohne strategisches Zentrum. Auf der anderen Seite arbeitet dieses System zielstrebig mit dem Charme unverdächtig harmlosigkeit, wenn es darum geht, von der einen auf die andere Minute politische Optionen blitzschnell zu nutzen. Das führt zu immer neuen Überraschungssiegen von Merkel, gerade dann, wenn ihre Gegner sie für längst geschlagen halten. Große, verlässliche Gefolgschaft kann man mit solchen Überraschungstechniken nicht sammeln. So ist Merkel die erste Kanzlerin, die ohne eigene Hausmacht regiert. Ob ihr diese damit einhergehende Unabhängigkeit nutzt oder eher schadet, werden die nächsten Monate zeigen.

Systematisch macht die Betrachtung der Parteienlandschaft Sinn, wenn man mit der Rückblende beginnt: Augenscheinlich führte die Bundestagswahl zum Patt der beiden ehemals großen Volksparteien. Kurzfristig konnte das Wahlergebnis auch als Ausdruck von Angst vor Veränderungen der Deutschen interpretiert werden: weder eine politische Legitimation für die Verschärfung der Agenda-2010-Politik (so das schwarz-gelbe Lager) noch für die abgeschwächte Variante (das rot-grüne Lager). Ein Triumph der Einförmigkeit, des Stillstands? Faktisch sind gerade durch die neue Unübersichtlichkeit des Wahlergebnisses sowie beim anschließenden Koalitions-Poker wichtige Konturen des künftigen Parteienwettbewerbs sichtbar geworden. Und das trotz der Begleitmelodie einer resignativen Wechselstimmung. Obwohl die Wähler in den Kategorien der Schadensbegrenzung abstimmten, kann man das Ergebnis als eine zaghafte Euphorie des Anfangs interpretieren: die Chancen zur Mobilisierung von Mehrheiten für unpopuläre Entscheidungen sind gestiegen – nicht gefallen. Das gilt es nachfolgend zu begründen.

Der Wahlkampf folgte zwei sehr unterschiedlichen Mobilisierungsstrategien. Da kämpfte auf der einen Seite der Bundeskanzler, mit der Macht seines Kanzler-Bonus', obwohl sich seine Regierung in den Augen der Bevölkerung

– nach der Abstimmung über die Vertrauensfrage – in der Abwicklung befand. Selten sah man eine derartig perfektionierte, authentische Ein-Mann-Show als Aufholjagd aus demoskopischen Tiefen, die so erfolgreich dennoch am Ende verloren wurde. Die Faszination gilt dabei weniger der Kampagnenführung als vielmehr der enormen Kommunikationsleistung. Die doppelte Kapitulation des Bundeskanzlers, nach dem für die SPD desaströsen NRW-Wahlergebnis, sowohl vor der eigenen Mehrheitsfraktion im Bundestag als auch vor den Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat, geriet vollkommen in Vergessenheit. Den konzeptionellen Gegenansatz zu Schröder verkörperte die Kanzlerkandidatin der Union. Angela Merkel (CDU) hatte als gefühlte Kanzlerin aus Sicht der Wähler bereits im Wahlkampf ein Regierungsprogramm zu verteidigen. Ihr Rollentausch mit dem Kanzler erfolgte im Duktus des rationalen Überzeugen-Wollens. Bewusst darstellungsarm zog sie nüchtern argumentierend von Marktplatz zu Marktplatz. Gegensätzlicher hätten keine Mobilisierungsangebote für den Wähler ausfallen können. Der mediale Charismatiker stand einer Kandidatin mit protestantischer Demutsethik gegenüber. Der eine wollte Deutschland gerechter reformieren, die andere Deutschland dienen. Keines der beiden Konzepte war mehrheitsfähig. Weder Show noch Armutsästhetik wurden eindeutig belohnt.

Doch hinter dem knappen Scheitern der jeweiligen Konzepte kann man neue Erfolgsbedingungen des zukünftigen Parteienwettbewerbs in unserer Aufregungsdemokratie erkennen. Die Regeln haben sich langsam, aber sichtbar verändert, nach denen das knappe Gut an politischem Vertrauen gegeben bzw. entzogen wird. Was fehlte beiden Lagern zum Sieg? Um das zu ermitteln, muss man sich zunächst vergegenwärtigen, über was konkret die Bundestagswahl entschieden hat.

Neue Konturen im Parteienwettbewerb

1. Die Bundestagswahl entschied über das Kleine an den Großen

Die kleinen Parteien profitierten bei der Bundestagswahl von der Schwäche der großen Volksparteien. FDP und Die Linke.PDS legten deutlich zu, die Grünen stabilisierten sich auf dem Niveau von 2002. Deutlicher als jemals zuvor stehen sich zwei konträr konturierte Politikmodelle im Bundestag an den Rändern gegenüber: altsoziale Besitzstandswahrung bei der Linken.PDS und neoliberale Marktbefreiung bei der FDP. Zum Triumph der Kleinen bei der Wahl gehört der Konzentrationsprozess der Großen. Die erste Große Koalition im Bund von 1966 konnte noch 86,9 Prozent der Wähler auf sich vereinigen. Nach der letzten Wahl waren es nur noch 69,4 Prozent. Dahinter steht nicht nur eine Schwächung der Volksparteien auf dem komplexen Wählermarkt. Wichtiger ist der Erosionsprozess der Volksparteiendemokratie, der

zeitgleich einhergeht. Denn die Schwäche der Volksparteien hängt nicht primär mit abnehmender Mitgliederzahl und Kampagnenfähigkeit angesichts zunehmender Vergreisung zusammen. Vielmehr sind die Volksparteien weitgehend basislos geworden und damit immer weniger gesellschaftlich verankert. Ihnen fehlt die notwendige Repräsentativität, um konfliktensibel agieren zu können. Sie sind immer weniger Bindeglied in der Funktionslogik des repräsentativen parlamentarischen Systems, kein Resonanzraum für Stimmungen. Solche Organisationen sind ohne eigenen Standort Spielball für alles, witterungsabhängig. Auch das verstärkt den entideologisierten Wettbewerbsdruck, unter dem die Parteien leiden. Der Wettbewerbsdruck führt zu einer dramatischen Gegenwartsfixierung. So bleibt immer weniger Zeit, um Entscheidungen mit immer längeren Wirkungen zu treffen. Solche Parteien sind extrem risikofähig. Sie sind als Machtressource für die politische Führung nur schwer kalkulierbar, wie die letzten eruptiven Prozesse innerhalb der SPD Führungsspitze erneut beispielhaft zeigen. Insofern krankt die Umsetzung des Wählerwillens nicht primär daran, dass beide großen Volksparteien sich erst aus der Duldungsstarre der neuartigen Verhandlungen in einer Großen Koalition befreien mussten, sondern vielmehr daran, dass beide Volksparteien an strategischer Unsicherheit über ihr jeweiliges Zukunftsprofil und ihre Identität leiden.

2. Die Bundestagswahl entschied über den diskreten Charme der Anarchie

Die Verletzung von geschriebenen und ungeschriebenen Regeln des Regierens und Opponierens hat in der letzten Zeit deutlich zugenommen. Ein diskreter Charme der Anarchie hat sich über die Berliner Republik gelegt. Dazu drei Beispiele: a) Systematisch werden nicht verfassungsmäßige Haushalte in den Ländern und nunmehr auch im Bund für 2006 aufgestellt. b) Medial inszeniert verkündete der Bundeskanzler die beabsichtigte Auflösung des Bundestages ohne hinreichende Vorab-Information des Bundespräsidenten. c) Nicht mehr die Fraktionen galten als zentrales Steuerungsinstrument des Parlamentarismus, sondern die Parteien. Hinter diesen beliebig erweiterbaren Beispielen aus den letzten Jahren steckt eine Delegitimierung von Verfassungsorganen. Institutionelles Vertrauen kann so nicht wachsen, wenngleich rebellenhafte Regelverletzung auch immer eine innovative Seite haben kann. Doch an dieser sich ausbreitenden Art des Formenverlustes nahmen die Wähler keinen Anstoß. Selbst die immer noch hohe Wahlbeteiligung (77,7 Prozent) deutet nicht darauf hin, dass diese Anmutungen von Anarchie in einem ansonsten total verregelten System ihren Charme verloren haben.

3. Die Bundestagswahl entschied über Stil und Qualität

Das Ergebnis der Wahl spiegelt eine Entscheidung über den Stil und die Qualität des Regierens und Opponierens wider. Das Ende von Rot-Grün hatte mehr mit Fehlern als mit strukturell falscher Politik zu tun. Die Schere zwischen der Darstellungs- und Entscheidungspolitik klaffte immer weiter auseinander. Die Bürger entlarven mittlerweile die Verpackungskünstler. Allzu oft ist der medientauglichen Machtinszenierung einer Entscheidung – den Machtworten – dann doch Tatenlosigkeit gefolgt. Reine Symbolpolitik produziert jedoch nach kurzzeitigen Aufmerksamkeitserfolgen zwangsläufig Wählerenttäuschungen. Trotz messbarer Reformbereitschaft interpretieren die meisten Bürger mittlerweile Reformen als Chiffre für soziale Unwucht. Eine weitere Quelle des Verdrusses entstand durch sogenannte „handwerkliche Fehler“, die mittlerweile schon zu den Reform-Ritualen gehören. Das Fehler-Vermeidungssystem funktioniert nicht mehr oder wurde durch Etablierung immer neuer außerparlamentarischer Kommissionen außer Kraft gesetzt. Richtige Ideen wurden durch schlechtes Regieren entwertet. Rechenfehler, massenhaft falsche Formulare, krasse Lücken im Gesetzestext, fahrlässige Konjunktur-Kalkulationen, sich gegenseitig aufhebende Wirkungen in einem Gesetz: diese Missstände sind nicht nur durch die Dramatik des Reformdrucks entstanden. Die Überforderung der Ministerialbürokratie hängt auch mit Methoden der sogenannten „Huckepack“-Gesetzgebung zusammen. Um nicht alle Instanzen neu zu durchlaufen, werden immer häufiger einem Gesetz völlig sachfremde Regelungen angehängt. Handwerkliche Fehler des Regierens hingen aber vor allem auch mit der Komplexität der Aushandlungen im Vermittlungsausschuss zusammen. Hier haben häufig Parteivorsitzende die Kompromisse ausgehandelt und nicht die darin geübten Fachexperten der Koordinationsbürokratie. Prominenz schützt aber nicht vor Fehlern. Die sichtbaren Pannen wurden später der Regierung angelastet, nicht aber der ebenso beteiligten Opposition.

So verdrängte die Legitimation des Augenblicks auch das notwendige institutionelle Vertrauen. Problemlösende Effekte des Regierungshandelns wurden für viele nicht sichtbar, insbesondere im Bereich des Arbeitsmarktes. Die Bewunderung, gar Faszination gegenüber der Kunst der Inszenierung eines Einzel-Akteurs scheint dagegen weitgehend ausgereizt. Selbst Bestformen in TV-Duellen reichen nicht mehr aus, um das Ruder herumzureißen. Stil und Qualität werden im Kontext wahrgenommen, nicht mehr isoliert.

4. Die Bundestagswahl entschied über den Ort und den Zeithorizont der Politik

Bei der Bundestagswahl ist auch über den Ort des Regierens und über einen neuen begrenzten Zeithorizont neu entschieden worden. Große Koalitionen

können den Souveränitätsverlust des Bundestages aufhalten. Der Disziplinierungsdruck einer sogenannten Regierungsmehrheit entfällt. Die Kanzlermehrheit kann auf 140 Stimmen aus dem eigenen Koalitionslager bei Abstimmungen verzichten. Die Bürger wollten die vitalisierende Unruhe eines Sechs- bzw. Sieben-Parteienparlaments, in dem die Diskurse künftig nicht lagerspezifisch nach sichtbaren Fronten verlaufen, sondern entlang von Schlangenlinien. So können sich sowohl fraktionsübergreifende punktuelle Gemeinsamkeiten als auch innerkoalitionäre Opposition artikulieren. Als Ort des Geschehens im Sinne einer parlamentarischen Mitsteuerung soll perspektivisch das Parlament und nicht mehr die beauftragten Kommissionen und Räte an Macht zulegen. Auch über die Zeitdimension fällten die Bürger ihr Urteil. Das Krisenbündnis der Großen Koalition definiert sich strikt vom Ende her. Als Typus für Regierungs- und Machtwechsel ist die Große Koalition nicht ungewöhnlich: als dosierter Machtwechsel bleibt erneut einer der Partner der vorhergehenden Regierung kontinuierlich verbürgend mit in der Verantwortung der neuen Regierung. Doch in der inhaltlichen Formation hat die Große Koalition Besonderheiten. Solche Koalitionen können nicht abgewählt werden, weil sie sich nicht mehr zur Wahl stellen. Normalerweise ist es die Schwäche der Regierung, nicht die Stärke der Opposition, die zum Regierungswechsel führt. Dieser Mechanismus kann bei einer Großen Koalition nicht vollständig greifen. Große Koalitionen können nur abtreten oder sich auflösen. Sie immunisieren auch wechselseitig gegenüber dem ritualisierten Wettbewerbsdruck der kommenden Landtagswahlen. Insofern war die Bundestagswahl auch eine Entscheidung über einen Regierungsauftrag mit begrenztem Zeithorizont und dem Versuch der Parteien, sich dem Wähler durch einen überschaubaren Ausstieg aus den zeitlichen Rhythmen des politischen Wettbewerbs zu entziehen.

5. Die Bundestagswahl zeigte die Wirkungsmächtigkeit von Echo-Demoskopie

Der Einfluss von Medienwirkung auf das Wahlverhalten ist mittlerweile nachweisbar. Die Umfragen über den Wahlausgang – als ein fester Bestandteil der Wahlkommunikation – gehören seit Jahren zum ritualisierten Bestand der Berichterstattung. In einer Demoskopie-Demokratie wirken die Umfragedaten in zwei Richtungen: auf die Wähler und auf die Regierenden. Zwar können häufig explizit nur sogenannte Mitläufereffekte als unmittelbare Wirkung auf das Stimmverhalten gemessen werden. Doch sind solche Effekte nicht zu unterschätzen, weil sie zu Pendelumschwüngen zugunsten der jeweils als modisch geltenden Parteienkoalition führen können. Die Bürger wählen in Erwartung eines bestimmten Ergebnisses immer taktischer. Taktisches Stimmensplitting katapultierte zuletzt bei der Dresdner Nachwahl – in Kenntnis des vorläufigen Wahlergebnisses – die FDP in Höhenbereiche von Zustimmungswerten nahe

einer großen Volkspartei (Zweitstimmenanteil der FDP im Dresdner Wahlkreis 2002: 7,0 Prozent und 2005: 16,6 Prozent). Die Kleinen, vor allem die FDP, profitierten bei den Zweitstimmen eindeutig von der Anti-Kampagne der Union gegen eine sich abzeichnende Große Koalition. Alles Effekte, die im Vorhinein über publizierte Umfragewerte die Wähler zu taktischen Wählern machen. Insofern ist das Ergebnis der Wahl auch eine Rache der Bürger an dem Übertaktieren der Parteien. Denn Regieren nach Tages-Demoskopie und Medien-Resonanz fördert den Typus des wählerischen Wählers. Populistisches Regieren und Opponieren, im Sinne einer zentristischen Strategie zur Wählermobilisierung, ist eine strategische Antwort auf die Befindlichkeiten in unserer Aufregungsdemokratie. Die Flüchtigkeit des Regierungsalltags ist eine Widerspiegelung der Flüchtigkeit des Wählers. Regieren und Opponieren erfolgt im permanenten Wahlkampfstil. Tägliche Umfragen und extreme Demoskopiefixierung sichern die Rückbindung an fluide Wählerstimmungen. Es ist kein Zufall, dass sich die Parteien geradezu hysterisch auf Meinungsumfragen stützen und damit den Instituten eine immense politisch nicht legitimierte Macht geben. Am Wahlabend begründete Schröder seinen Anspruch, Kanzler zu bleiben, auch mit den positiven Umfragewerten zu seiner Person. Echo-Demoskopie ist insofern ein Zeichen von Schwäche, nicht von Stärke der Politik, die nicht mehr an ihre eigene Führungskraft glaubt, sondern tagessensibel hinter Stimmungen herläuft. Wer als Partei nicht mehr gesellschaftlich ausreichend verankert ist, braucht als Seismograph die Umfragen und weniger die Artikulation der Mitglieder.

6. Die Bundestagswahl entschied über Sozialstaatlichkeit als Staatsräson

Mehrheiten sind in unserer politischen Kultur immer eine Schnittmenge aus ökonomischer Effizienz, kultureller Modernisierung und sozialer Gerechtigkeit. Wirtschaftskompetenz ist eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung des Erfolgs. Die Union büßte an Zustimmung ein, weil sie erneut wie 2002 die ökonomische Effizienz ins Zentrum des Wahlkampfes rückte, ohne allerdings bis zum Kampagnen-Ende noch über zugeschriebene Kompetenzen in diesem Bereich ausreichend zu verfügen. Die SPD litt an dem von vielen Bürgern erfahrenen Widerspruch zwischen alltäglich erlebter sozialer Ungerechtigkeit und dem Anspruch, immerwährende Schutzmacht der kleinen Leute zu sein. Die Wähler haben sich bei der Bundestagswahl mehrheitlich gegen eine weitere kommunikative Ökonomisierung der Lebenswelten entschieden. Die Bürger votierten nicht gegen eine Agenda-Politik, aber gegen die sich ausbreitende Macht einer primär betriebswirtschaftlichen-kaufmännischen Sichtweise. Die Agenda 2010 kam in ihrer Ausrichtung einem Paradigmenwechsel gleich. Es bedeutete das Ende einer „Sozialdemokratisierung“ der Gesellschaft – einem Allparteien-Konsenses: der Hinwendung zum Sozialstaat

und einer Orientierung an der Verteilungsgerechtigkeit als Verheißung einer demokratischen Gesellschaft. Die Abkehr von dieser Tradition wurde durch die Reformprozesse beim Umbau des Sozialstaates überparteilich eingeleitet. Die rhetorische und klassenkämpferisch angelegte Re-Traditionalisierung im Wahlkampf der SPD entlarvten hingegen die Bürger als Kampagne. Sie widersprach den Alltagserfahrungen der Bürger mit den rot-grünen Gesetzen. Auch die eindimensionale Reduzierung der Botschaft der Union im Wahlkampf auf Steuerfragen führte unmittelbar in eine Ökonomisierungsfalle. Beide Angebote der großen Parteien wurden vom Wähler abgestraft: die gefühlte Aufkündigung von Sozialstaatlichkeit und Staatsräson im Konzept der Union ebenso wie die negative Gerechtigkeitsbilanz von Rot-Grün. Dahinter steckt mehr als nur der Wunsch nach einem erklärenden Sozialstaat. Vielmehr lässt sich dahinter das Anliegen entdecken, nicht alle Lebenswelten nur ökonomisch zu definieren: nach Leistungsparametern der Wettbewerbsgesellschaft, nach Output-Effizienz. Gesucht wurden neue Bindungswerte, neue Kohäsion, vielleicht auch intakte und integrative Institutionen. Die großen Parteien hatten aber zu diesen Themen zu wenig Überzeugendes im jeweiligen Wahlprogramm.

Regieren in Zeiten ökonomischer Knappheit: Mehrheiten für Unpopuläres

Die Bundestagswahl hat somit trotz der scheinbaren Unübersichtlichkeit und der disparaten Mehrheiten konkrete Hinweise über den Wunsch der Bürger nach zukünftiger Politikgestaltung offenbart. Wer diesen Katalog an Wünschen mit der harten Realität des Regierens in Zeiten ökonomischer Knappheit konfrontiert, kann auch für Unpopuläres neue Mehrheiten bilden. Denn das wird zur Daueraufgabe der Politik: Wie kann man Mehrheiten für unpopuläre Entscheidungen gemeinwohlverträglich organisieren, ohne in linken oder rechten Populismus abzudriften? Zunehmende Verteilungskonflikte lassen sich nicht mehr über Zuwächse konsensual schlichten. Das gilt auch für Große Koalitionen. Drastische Einschnitte im wohlfahrtstaatlichen Kontext bedürfen gerade in Schlechtwetter-Zeiten der Demokratie einer besonderen politischen Legitimation. Insofern haben sich die Bedingungen des politischen Wettbewerbs in Zeiten ökonomischer Knappheit fundamental verändert. Was sind aber nunmehr die Rahmenbedingungen, um neue Mehrheiten für unpopuläre Entscheidungen zu mobilisieren? Was hätte an den zurückliegenden Kampagnen-Planungen verändert werden müssen, um eigene strukturelle Mehrheitsfähigkeit zu sichern? Aus welchen Elementen besteht ein möglicher „Reform-Sensor“ zur Optimierung von Reform-Prozessen?

1. Nüchterne Ehrlichkeit

Populistische Volksbelauscher und extremistische Lumpensammler sind in keiner der letzten Wahlen so belohnt worden, dass sie mehrheitsbildend wurden. Sozialpopulismus hat rechts wie links im politischen Spektrum einer Koalition der gesellschaftlichen Verlierer sicherlich eine ernstzunehmende Attraktivität. Immerhin wählten rund vier Millionen Bürger bei der Bundestagswahl Die Linke.PDS (8,7 Prozent). Die Linkspartei galt als diejenige Partei, die sich besonders für soziale Gerechtigkeit einsetzte. Wenn die Parteien der Mitte übereinstimmend marktliberale Reformen propagieren, avancieren extreme Parteien zur Schutzmacht der kleinen Leute. Als „Anti-Hartz-Parteien“ lassen sie sich wie Rettungsanker im Reformstrudel feiern. Doch die eindeutige große Mehrheit der Wähler belohnte nicht die Vorkämpfer altsozialer Erregenschaften. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 durchzog auffallend die Wende zum Weniger alle Wahlprogramme mit Ausnahme der „Linken“. Das Bemühen der Wahlkämpfer um die Annäherung an die wohlfahrtsstaatliche Realität gehörte zu den Besonderheiten dieser Wahl. Es stand im Kontrast zu allen Kommunikationsstrategien der letzten Jahre. Am mutigsten präsentierte sich hierbei die Union, die Belastungen (Mehrwertsteuer-Erhöhung) statt Entlastungen offen ankündigte. Wann hörte man jemals zuvor so häufig von Spitzenpolitikern, dass die Politik gar nicht in der Lage sei, Arbeitsplätze zu schaffen? Wer offensichtlich die ökonomische Krise ehrlich und offen beim Namen nennt („Wir haben Probleme, wir können sie meistern, aber dafür brauchen wir Zeit.“), nichts verspricht außer berechtigtes, kompetentes, faires Kümmern, hat heute ganz offensichtlich größere Chancen, gewählt zu werden als noch vor ein paar Jahren. Doch wer die Botschaft allein darauf reduziert, kann nicht mehrheitsfähig werden. Im Ton der neuen Sachlichkeit hat sich eine Opferromantik ausgebreitet, die Besserung durch Änderung erwartet. Mehr nicht. Gewählt wird nicht mehr, wer die Wirklichkeit verdrängt und die Probleme verschweigt. Kostenbewusst fragen die Wähler mittlerweile, welche Regierung sie sich leisten können.

2. Stilsichere politische Führung

Die Orientierung am Führungspersonal folgt nicht mehr ausschließlich dem Wunsch nach dem Power-Entscheider. Sonst wären Schröder und Fischer sicherlich mehrheitsfähig geworden. Im Zentrum bleibt zwar das Verlangen nach Entscheidern mit Macher-Image, zumal die extreme Personalisierung politische Romantik zulässt: ein Super-Akteur, der die Kompliziertheiten der Verhandlungsdemokratie überspringt. Doch auch im Feld der politischen Führung hat sich eine neue mit Bescheidenheit gepaarte Sachlichkeit ausgebreitet. Populär ist eben nicht nur die starke politische Führung, sondern die Stilsichere

cherheit. Authentizität geht dabei vor Kraftmeierei. Auch die schüchterne Gestik genießt wieder Renaissance, wenn sie uninszeniert und stilistisch gefestigt daherkommt. Schon jetzt zeichnet sich ab, wie Merkel mit einem eher pathoslosen und sparsamen Kommunikationsstil die Ergebnisse der Großen Koalition verkündet.

3. Schlüssige Reformkommunikation

Zu den Erfolgsbedingungen einer Mehrheitsbildung gehört eine in sich schlüssige – und so auch nach außen wirkende – Reformkommunikation. Das ist viel mehr als nur eine wärmende Leitidee. Gesucht wird ein übergeordneter Begründungszusammenhang, der die Abfolge politischer Prozesse und damit die weiteren Reformschritte in verständlicher Sprache, glaubwürdig, nachvollziehbar kommuniziert und die Sachtakte in eine übergeordnete Zielperspektive orientierend einordnet. Die Botschaft ist der Kern der Strategie. Beim rot-grünen Reformdschungel wurde sichtbar, wie von Landtagswahl zu Landtagswahl dem Sprachverlust unweigerlich der Machtverlust folgte. Die Rhetorik der Kassenwarte oder der Sozial-Technokraten folgte der Logik der leeren Kassen. Praktisch nie wurde vermittelt, worin der eigentliche Mehrwert des Sparens oder Kürzens liegen sollte. Auch das Themenmanagement der Union reduzierte sich am Ende eindimensional auf Steuerfragen, ohne ordnungspolitischen Rahmen. Deutungsmanagement von Reformmaßnahmen setzt aber zwingend notwendig bei der Arbeit an Begriffen an („Wort-Politik“) und benennt die Stufen der Gesetzgebung. So kann jeder abwägend erkennen, was wann erreicht werden kann, was noch zu erwarten ist und worin sein persönlicher Nutzen besteht. Die Reformschritte müssen zudem den Wirklichkeitssinn und die Lebenserfahrungen der Bürger respektieren, um auf Zustimmung zu stoßen.

4. Zeitfenster und Tempowechsel nutzen

Wer Mehrheiten hat, sollte sie auch nutzen. Schnell und klar sollte die Abfolge der Reformschritte erfolgen. Das verhindert nicht nur eine geordnete Gegenmobilisierung, sondern ist essentiell, um das Unpopuläre auch durchzusetzen, ohne das Ziel verändern zu müssen. Tempowechsel können dabei durchaus Teil der Strategie sein. Keiner setzt sich längerfristig zustimmend einem permanenten Stakkato an Veränderungen aus. Die Balance aus Reform und Ruhe ist Bedingung zur Mobilisierung von Mehrheiten: Beschleunigung zu Beginn, Entschleunigung vor dem nächsten Großprojekt.

5. Immerwährende Regionalkonferenzen

Überfallartig konfrontierten die Spitzen von Rot-Grün ihre jeweiligen Parteien mit der Agenda 2010. Ohne diese beispiellose Themen-Akzentuierung wären zahlreiche notwendige Reformeinschnitte gar nicht möglich gewesen. Erst die Dramatisierung der Regierungserklärung vom März 2003 hat die Reformbereitschaft in den Köpfen der Wähler provoziert. Doch die damit einhergehende völlige Degradierung der Parteien zu Kanzlerwahlvereinen hatte einen hohen Preis, der in die Große Koalition führte. Ähnlich eruptiv drängte die Spitze der CDU auch die eigene Partei zu marktliberalen Positionierungen. Die Erneuerung erfolgte bonapartistisch von oben und inhaltlich eindimensional, was ebenso machtpolitisch am Wahltag scheiterte. Insofern kann der Umkehrschluss nur lauten: Wer die weiteren Reformeinschnitte nicht zum immerwährenden Prinzip von Regionalkonferenzen der Parteien macht, vergibt die Chance, Sach- und Machtfragen längerfristig miteinander zu verknüpfen. Dabei sind Regionalkonferenzen sicher nur ein Instrument neben anderen, um Basisarbeit zu leisten. Die Parteien sind zukünftig nicht nur für die Phase des Machterwerbs elementar, sondern auch für die Regierungspraxis existentiell. Dabei sollten die Modernisierungseinschnitte der Reformen als Kulturleistungen, nicht als ökonomische Projekte interpretiert werden. Nur die Integration des Umbruchs in die jeweiligen parteipolitischen Traditionsstränge sichert auch emotional die Unterstützung für Unpopuläres. Die jeweiligen Stammwähler sind dabei besonders zu pflegen. Das sind immer noch die basisverwurzelten und extrem enttäuschungsresistenten Aktivisten. Sie sind die Spezialisten für Bodenhaftung. Wer sich nur tagesorientiert an Wechselwählern ausrichtet, verliert am Ende auch die sesshaften Stammwähler. Doch gerade sie wären bereit, unpopuläre Entscheidungen mitzutragen, wenn man sie einbindet und überzeugt.

6. Wertorientierte Führung

Erfolgreich ist diejenige Partei, die als Formation die Kraft besitzt, einem gesellschaftlich bedeutenden Konflikt politischen Ausdruck zu verleihen. Antworten darauf sind auf drei Ebenen zu suchen: der verteilungspolitischen Konfliktlinie (Umverteilung vs. Marktliberalität), der Divergenzen zwischen Zentrum und Peripherie (zwischen Mehrheiten und neuen Minderheiten), der wertbezogenen, kulturellen Dimension von Konflikten (zwischen gemeinwohlorientierter Bürgerlichkeit und nicht-bürgerlichem Populismus). Um einer Beliebtheit und der Pragmatik des Augenblicks bei den Antworten auf diese elementaren Konfliktlinien zu entkommen, sollte der Markenkern einer Partei erkennbar sein. Das ist viel mehr als Marketing. Der Markenkern resultiert aus den Wertefundamenten. Führung durch Werte bedeutet nicht Zeit-

geist-Anbiederung, sondern selbst für andere attraktiv zu werden. Führung in diesem Sinne kommt strikt ohne Echo-Demoskopie aus. Denn neue Mehrheiten muss man sich durch Überzeugungsarbeit erst mühsam erarbeiten. Tages-Umfragen mit Messergebnissen zur aktuellen Themen-Sympathie sind dabei völlig irrelevant. Regieren besteht gerade in Zeiten ökonomischer Knappheit aus dem Festsetzen von Prioritäten, nicht aus deren scheinbarer Aufhebung. Da die Sehnsucht nach moralischer Orientierung ebenso zunimmt, wie das Wissen um die Kraft einer Wertorientierung, kann das auch zu Führungszwecken genutzt werden. Wahlkämpfer zielen auf die Mobilisierung von Identitäten. Werte sind folglich Mobilisierungsinstrumente. Wertorientiertes Leadership bedarf allerdings der Selbstvergewisserung von Prioritätensetzungen. Was ist – aus der kulturellen Tradition der Partei heraus – die Antwort auf die drei großen gesellschaftlich bedeutenden Konfliktlinien? Das Ideenmanagement für eine nicht nur nachholende Modernisierung, sondern einen vorausschauenden Reformprozess müsste mehr bieten als nur altsoziale oder neo-liberale Akzente. Was soll ein Gemeinwesen, außer Marktplatz zu sein? Wenn es mithin darum geht, Identitäten zu mobilisieren, dann sind Verortungen im Mittelfeld der zentralen Konfliktlinien gefordert. Mittezentrierte moderne Bürgerlichkeit findet sich an der Schnittmenge der Konfliktlinien: mitfühlend, sozial, verantwortlich. Eine politische Mitte, die sozial sensibel daherkommt, ohne aber gleichmacherisch zu sein. Das wäre eine Kombination aus bürgerlicher Solidität, gemeinwohlorientiertem Kaufmannsgeist und bildungsbürgerlichem Traditionsbewusstsein. Mehrheiten für Unpopuläres sind in so einer Tonalität organisierbar, weil sie mit ganzheitlichen Lebenswelten rechnen und nicht alles auf Leistungsparameter der Wettbewerbsgesellschaft reduzieren.

Zusammenfassend

Wahlen sind auch in Umbruchzeiten weiterhin auf Stimmenmaximierung ausgerichtet. Doch tendenziell haben sich die Bedingungen des Erfolges im politischen Wettbewerb allmählich verändert. Unpopuläres hat zukünftig unter den aufgezeigten Bedingungen eine Chance zur Mehrheitsbildung. Das verdeutlicht auch gerade das Ergebnis der Bundestagswahl. Ein zu entwickelnder „Reform-Sensor“ müsste, um Erfolgslinien zu messen, dem Mix an hier entfalten Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Die Sinnhaftigkeit liegt im Gesamtansatz, nicht in der punktuellen Auswahl. Idealtypisch greifen die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zeitgleich, sondern phasenspezifisch. So kann am Ende möglicherweise sogar aus einer anfänglich unpopulären Entscheidungslage durch Überzeugen und Argumentieren eine annähernd populäre werden. Das Set an Bedingungen zur neuen Mehrheitsmobilisierung stimmt aus Sicht der Wahlbürger gerade in Zeiten ökonomischer Knappheit verhalten optimistisch. Gesucht ist die Qualität des problemlösenden Regierens. Gefragt

sind starke und vitale Parteien, die mehr sind als nur Agenturen für Sprachregelungen. Gewinner werden die sein, die sich einem Gestaltungsauftrag stellen und sich nicht nur mit Aufräumarbeiten zufrieden geben.

